



WTO+ und Menschenrechte light: Das EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien

Die Ratifizierung verhindern!

Christoph Mayer¹
05/2010

2009 eröffneten die Europäische Union (EU) und die Regierung Kolumbiens Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen (FTA). Ziel des Abkommens ist eine verstärkte Liberalisierung in den Bereichen Güterhandel, öffentliches Beschaffungswesen, Dienstleistungen (inkl. Finanzdienstleistungen), Investitionen sowie die Stärkung „geistiger Eigentumsrechte“. Damit steht das Freihandelsabkommen im Zeichen der Global Europe-Strategie – der aggressiven Freihandelspolitik der Europäischen Union – deren Agenda weit über bestehendes WTO-Recht hinausgeht.

Gesamtwirtschaftliche Veränderungen werden sich durch das FTA voraussichtlich für die EU nicht einstellen, während das Abkommen vor allem für Kolumbien unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten erhebliches Konfliktpotential bietet. Die EU geht über diese Bedenken hinweg, redet die besorgniserregende Menschenrechtssituation in Kolumbien klein und nimmt eine politische und wirtschaftliche Spaltung der Andengemeinschaft (CAN) in Kauf.

Der von den Staats- und Regierungschefs im Mai unterzeichnete Vertrag muss jetzt noch vom Europäischen Parlament und aller Voraussicht nach von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden. WEED setzt sich gegen eine Ratifizierung ein! Selbst im konservativen Flügel des EP und in den nationalen Parlamenten sitzen nicht nur BefürworterInnen eines FTA. Die Argumente von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft in Kolumbien und den EU-Ländern dürfen also auch nach dem Gipfeltreffen nicht verstummen. Die Ratifizierung ist längst nicht in trockenen Tüchern. Das geplante Abkommen kann noch gekippt werden!

1. Globales Europa und geteilte Andengemeinschaft

Die EU macht mit dem FTA deutlich, dass man trotz oder gerade wegen der ins Straucheln geratenen Verhandlungen innerhalb der WTO auf Kurs bleibt. Mit der so genannten *Global Europe-Strategie* hat sich die EU infolge des erschwerten multilateralen Entscheidungsfindungsprozesses 2006 auf neue Wege begeben.

Seither steht eine „WTO+“-Politik auf der Agenda, also Inhalte, die bei den WTO-Gesprächen bisher

auf Widerstand gestoßen sind und deshalb nun im Rahmen von bilateralen Abkommen durchgesetzt werden sollen. Dazu gehört auch das Abkommen mit Kolumbien.

Gemeinsam mit Bolivien, Ecuador und Peru stieg Kolumbien Ende 2007 in Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen mit der EU ein. Angesichts der Uneinigheiten über die Inhalte und Ziele des Abkommens zeichnete sich schnell ab, dass eine Einigung mit den vier Verhandlungspartnern innerhalb der CAN nicht möglich sein würde. Die EU schloss daraufhin Bolivien im November 2008

Wettbewerbsfähig – wettbewerbsfähiger – Globale Europe

Mit der handelspolitischen Agenda der EU *Global Europe. Competing in the world* soll Europa durch die Öffnung neuer Märkte für europäische Exportgüter und Dienstleistungen für den globalen Wettbewerb fit gemacht werden.² Die *Global Europe-Strategie* stellt damit das außenpolitische Pendant zur *Lissabon-Strategie* dar, mit deren Umsetzung die EU zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ aufsteigen soll/te.

Nachdem die *Lissabon-Strategie* in diesem Jahr ausläuft, wird nun mit der *Europe 2020-Strategie* als Nachfolgerin die Schaffung eines „intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums“ angestrebt.³ Auf die Einführung der *Europe 2020-Strategie* soll auch eine Überarbeitung der *Global Europe-Strategie* folgen. Dass die EU dabei von ihrer aggressiven Freihandelspolitik abrückt, ist unwahrscheinlich. Vielmehr ist zu erwarten, dass auch künftig interregionale und bilaterale Freihandelsabkommen die Liberalisierungsbestrebungen der EU vorantreiben sollen. Das FTA mit Kolumbien offenbart die kompromisslose Strategie der EU dabei ein weiteres Mal.

Weiterlesen:

- Fuchs, P. (2007): Global Europe - Die neue EU-Handelspolitik im Wahn der Wettbewerbsfähigkeit, Bonn. Online unter: http://www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/publikationen/aghan_2007_globaleurope.pdf
- Weitere WEED-Infos zu diesem Thema online unter: <http://www.weed-online.org/themen/wto/3304477.html>

von den Verhandlungen aus. Mit Kolumbien, Peru und Ecuador wurde ab Februar 2009 in punkto Handelsfragen weiter verhandelt, während die noch im Assoziierungsabkommen vorgesehenen Themenfelder Entwicklungszusammenarbeit und politischer

Dialog unter den Tisch fielen. Ecuador zog sich deshalb im Juli 2009 aus den Gesprächen zurück. Zu Beginn des Jahres schloss die EU die Gespräche mit Kolumbien und Peru ab. Der Vertrag wurde im Mai beim EU-Lateinamerika Gipfel unterzeichnet.

Bolivien und Ecuador halten dagegen

Die gescheiterten Verhandlungen mit der CAN sind Resultat unterschiedlicher Vorstellungen der EU auf der einen sowie Boliviens und Ecuadors auf der anderen Seite hinsichtlich der Inhalte eines Assoziierungsabkommen. Aus Sicht der Andenstaaten sollte ein Abkommen die endogene Entwicklung in der lateinamerikanischen Subregion stützen und nicht primär dem Abbau von Handelsschranken dienen. Boliviens Präsident Evo Morales hatte ein Abkommen unter gänzlich anderen Vorzeichen als die EU im Blick, darunter die partizipative Mitgestaltung auf allen politischen Ebenen und die Einbeziehung indigener Bevölkerungsgruppen und den Vorrang von Mensch und Natur vor den Interessen von Großkonzernen. Auch der ecuadorianische Präsident Raffael Correa sah die Gespräche in eine falsche Richtung abdriften: „Das ist kein Assoziierungsabkommen mehr, sondern im Grunde ein Freihandelsvertrag, und das nehmen wir nicht so hin. Ecuador wird seine sozialen Errungenschaften verteidigen.“⁴

2. Das Konzept Liberalisierung

Mit dem FTA werden Handelsregelungen ergänzend zum Kooperationsabkommen aus dem Jahr 2003 und dem 2009 eingeführten GSP+ – dem Allgemeinen Präferenzsystem für die privilegierte Einfuhr von ca. 7.200 Produkten in den EU-Raum für Entwicklungs- und Schwellenländer – festgeschrieben. Die Inhalte des FTA zielen in dieselbe Richtung wie bereits existierende Abkommen der EU, gehen in den einzelnen Bereichen jedoch noch einmal über diese hinaus.

In Artikel 5 des Vertragswerks werden u. a. folgende Ziele genannt:

- Handelserleichterung für Waren
- Erweiterte Liberalisierung von Dienstleistungen
- Liberalisierung des Zahlungs- und Kapitalverkehrs für Direktinvestitionen
- Reziproke Öffnung des öffentlichen Auftragswesens
- Schutz geistigen Eigentums zur Sicherung der Balance zwischen den Rechten des Eigentümers und den gesellschaftlichen Bedürfnissen

Was wird sich durch das Abkommen für Kolumbien und die EU real verändern? Kolumbianische Produzenten werden in erster Linie vom zollfreien Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse profitieren. Kolumbien erhält dann zum Beispiel durch eine Quotenerhöhung und Reduktion der Einfuhrzölle bei Bananen und Zucker erleichterten Zugang zum europäischen Markt. Zudem werden weitere Warengruppen, die nicht Teil des GSP+ waren, von Zöllen befreit. Darunter fallen beispielsweise die Produkte Rindfleisch, Reis und Mais. Die EU sichert sich mit dem Abkommen erleichterten Zugang für Milchpulver, Käse, Weine und Spirituosen, Olivenöl, Getreide und Schweinefleisch. Zudem können zukünftig Autos und Maschinen zollfrei nach Kolumbien eingeführt werden.

Für europäische Unternehmen sind neben Handelserleichterungen die WTO+ Themen wie Veränderungen des Patent-, Investitions- und öffentlichen Vergaberechts von großem Interesse. Durch die weitere Privatisierung von Dienstleistungen im Finanz- und Industriesektor und im Bergbau ist mit einem starken Anstieg der Direktinvestitionen aus EU-Ländern zu rechnen.

Laut einer von der EU in Auftrag gegebenen Studie zur Bewertung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen des Abkommens (SIA),⁵ wird sich das Realeinkommen voraussichtlich um weniger als 0,1% verändern, während in Kolumbien mit einem Zuwachs des Realeinkommens um 0,5% bis 1,3% zu rechnen ist. Der Export könnte zwischen 9,0% und 9,9% wachsen, der Import wird sich in ähnlichem Maße um 9,0% bis

10,2% erhöhen. Im EU-Raum werden sich durch die Handelsliberalisierung wahrscheinlich keine signifikanten Veränderungen bei Im- und Export ergeben (weniger als 1%). In Kolumbien werden im Anbau von Gemüse, Obst und Nüssen sowie im Bergbau große Wachstumszahlen vorhergesagt (ca. 10%). Die Gesamtproduktion im Primärsektor wird den Ergebnissen im Bericht zufolge hingegen um weniger als 1% steigen.

3. Die EU hilft Kolumbien in die weiße Weste

„Die Europäische Kommission hat alle eindringlichen Warnungen von Gewerkschaften und NGOs in den Wind geschlagen. Offensichtlich gehen der Export von Autos und Milchprodukten und der Import von Kohle und Agrotreibstoffen vor.“⁶

Sven Giegold, Europaabgeordneter der Grünen

Die BefürworterInnen eines FTA argumentieren, dass sich die Menschenrechtssituation in Kolumbien in den letzten Jahren verbessert hätte. Daniel Caspary, Europaparlamentarier der CDU/CSU, hielt in einem Antwortschreiben an die UnterzeichnerInnen eines öffentlichen Briefs der IG BAU fest: *„Die Sicherheitssituation im Land hat sich stark verbessert und die Regierung investiert große Anstrengungen, [die] Situation für die Bevölkerung und das Land weiter zu verbessern.“*

Ein Blick auf die Fakten zeigt ein gänzlich anderes Bild: die Fälle extralegaler Hinrichtungen durch Armee und Polizei sind in den ersten fünf Jahren der Amtszeit des Präsidenten Álvaro Uribe um 60% gestiegen. Gewaltvolle Vertreibungen nahmen in diesem Zeitraum ebenfalls zu. Im Jahr 2008 wurden 380.000 Menschen und damit 25% mehr als 2007 vertrieben. Auch die Situation von Gewerkschaftsmitgliedern hat sich in keiner Weise verbessert. 2008 nahm die Zahl der Morde an GewerkschafterInnen um 25% gegenüber dem Vorjahr auf damit 49 Morde zu. Seit Jahren liegt die Quote der aufgeklärten Morde an GewerkschafterInnen bei gerade einmal vier Prozent.⁷

Der kolumbianische Präsident versucht zwar die unannehmbare Situation im Land mit beschönigenden Zahlen zu relativieren. Bemühungen der Regierung, Verbrechen in Form paramilitärischer Übergriffe auf die Zivilgesellschaft, GewerkschafterInnen, Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und Indigene einzudämmen, bleiben aber aus. Das Konzept der *demokratischen Sicherheit* verkauft Uribe der Internationalen Gemeinschaft dagegen erfolgreich als Instrument im Kampf gegen Terrorismus. In diesem Zusammenhang wurde die Zivilgesellschaft mehrfach als Verbündete des Terrorismus gebrand-

markt, Kontrollen gegen die Zivilbevölkerung wurden verstärkt und ArbeiterInnen wird ihr Recht auf Vereinigungsfreiheit vorenthalten.

Die Forderung des EU-Handelskommissars Karel de Gucht, Kolumbien im Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen zu unterstützen, da das Land bemüht sei, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken,⁸ erscheinen daher verwunderlich, wenn nicht gar fahrlässig. Dem Argument, dass sich die Situation in Kolumbien bei einem Ausschluss aus der internationalen Gemeinschaft nicht verbessere, muss entgegengehalten werden: Ob das Kooperationsabkommen zwischen der Andengemeinschaft und der EU aus dem Jahr 2003, die Aufnahme Kolumbiens in GPS+ oder jüngst das FTA mit der Schweiz – Kolumbien ist international wirtschaftlich und politisch integriert. Die verheerende Menschenrechtslage im Land hat sich dadurch aber nicht verbessert.

Unbeirrt dessen hat die EU die FTA-Verhandlungen mit Kolumbien im März dieses Jahres abgeschlossen. Menschenrechtsfragen und die politischen und sozialen Rechte der kolumbianischen Bevölkerung haben im Verhandlungsprozess eine zweitrangige Rolle gespielt. Mit dem FTA wird sich die EU deshalb wieder einmal von ihrem Selbstanspruch verabschieden, auf internationalem Terrain für freiheitliche Prinzipien und Menschenrechte einzutreten. In einer Stellungnahme der IG BAU heißt es: *„[M]it dieser Politik erzielt [die EU] keine Erfolge und gleichzeitig verspielt sie ihre Glaubwürdigkeit, weil sie ihre eigenen Maßstäbe nicht ernst nimmt.“⁹* Zudem trägt sie so dazu bei, die unverantwortliche Politik des kolumbianischen Präsidenten zu legitimieren.

Die EU versucht das FTA mit einer im Vertragswerk enthaltenen Demokratieklausele, die jedoch unver-

bindlich und schwammig formuliert ist, zu rechtfertigen. Sollte das Vertragsrecht von einer Partei verletzt werden, heißt es in einer Stellungnahme de Guchts, könne die andere Partei den Vertrag jederzeit aufkündigen.¹⁰ Dabei erhält Kolumbien bereits im Rahmen von GSP+ präferentiellen Zugang zum EU-Markt, obwohl das Land nicht, wie im Vertrag gefordert, alle 27 Konventionen zum Schutz von Menschen- und Arbeitnehmerrechten effektiv implementiert hat.¹¹ Dass die EU ihren postulierten Grundsätzen plötzlich nachkommen wird, ist daher nicht zu erwarten und wird durch das FTA eher erschwert. Denn die für eine Aufkündigung notwendige 2/3-Mehrheit im Rat der EU scheint unrealistisch, ist der Vertrag erst einmal in Kraft getreten.

Ob das Nachhaltigkeitskapitel zum Schutz von Arbeitsrechten und Umwelt unter diesen Voraussetzungen zum Tragen kommt, ist somit mehr als fragwürdig. Weder die kolumbianische Regierung noch im Land operierende Großkonzerne werden sich durch das Abkommen genötigt fühlen, die internationalen Standards im Bereich Arbeits- und Umweltrechte zu gewährleisten bzw. einzuhalten. Der europäische Gewerkschaftsdachverband (ETUC) ist deshalb *„besorgt, dass das Kapitel über nachhaltige Entwicklung [...] nicht die notwendige solide Basis bietet, dass Menschen- und Gewerkschaftsrechte respektiert werden.“*¹²

Der US-amerikanische Kongress, das kanadische Parlament und die norwegische Regierung haben auf die unhaltbare Situation im Land und die schwerwiegenden Versäumnisse der kolumbianischen Regierung vorweg reagiert und die Ratifizierung eines FTA mit Kolumbien bis auf weiteres abgelehnt.

4. Corporate Europe – die Gewinner stehen fest

Die Menschenrechtssituation in Kolumbien und die Politik Uribes sollten auch für die EU Grund genug sein, das FTA nicht zu ratifizieren. Doch in Europa hält man vor allem aus wirtschaftlichen Gründen an dem Abkommen fest. In den letzten Jahren haben europäische Unternehmen Marktanteile in Kolumbien verloren. Im Wettbewerb um den Zugang zu externen Märkten verspricht das FTA verbesserte Zugangskonditionen zum kolumbianischen Markt, ähnlich wie sie sich bereits andere Länder und Regionen im Rahmen von FTA sicherten. Durch das Abkommen werden sich zwar voraussichtlich keine signifikanten makroökonomischen Veränderungen für die EU-Länder einstellen. Für bestimmte Wirtschaftsbereiche wie den Agrarexport und die Autoindustrie stellt die weitere Liberalisierung der ko-

lumbianischen Wirtschaft jedoch einen Segen dar, um verloren gegangenes Terrain zurückzuerobern und weitere Absatzmärkte zu erschließen.

Durch das gute Investitionsklima, das dank der helfenden Hand Uribes bei der rücksichtslosen Durchsetzung von Kapitalinteressen gegenüber ArbeitnehmerInnenrechten gewährleistet wird, ist Kolumbien ein äußerst attraktiver Wirtschaftsraum für ausländische Finanzakteure und Unternehmer. Das FTA soll Konzessionen für diese Akteure noch besser absichern: *„[D]ie EU wird für ihre Investitionen ein transparentes, nicht diskriminierendes und berechenbares Umfeld sichern.“*¹³ Das Comando Nacional Unitario, ein Zusammenschluss kolumbianischer Gewerkschaften, erkennt in der Haltung der EU wieder einmal die *„Doppelmoral“* der entwickelten Staaten: *„[W]ährend die Welt versucht Vereinbarungen über Themen wie Umwelt, Biodiversität, Sicherung der ökologischen Grundlagen oder die Verbreitung von Atomwaffen und chemischen Waffen zu erzielen, versuchen sich die Transnationalen Konzerne mit Hilfe der FTA den Schutz ihrer Investitionen zu sichern. Dabei werden ihnen vorzugsweise laxe gesetzliche Verpflichtungen im Hinblick auf eben diese Themen gewährt.“*¹⁴

Neben den Vorzugskonditionen für ausländische Unternehmen und Investoren gelang es auch der europäischen Agrarlobby, ihren Interessen Gehör zu verschaffen. Der sukzessiv verbesserte Marktzugang für Schweinefleisch und Milchpulver – Produkte, die ohnehin subventioniert sind – konnte in den Verhandlungen mit Kolumbien durchgesetzt werden. Die einheimische Produktion wird als Resultat dessen bald nicht mehr konkurrenzfähig sein. Aber auch in Kolumbien wird es Profiteure des FTA geben. Große exportorientierte Agrarkonzerne, zum Beispiel im Anbau von Bananen, Ölpalmen oder Zuckerrohr, werden ihre Produktion und Exporte steigern können, während Kleinbauern und Produzenten für den lokalen Markt nichts gewinnen werden.

5. Soziales und Umweltschutz fallen unter den Verhandlungstisch

Dass Liberalisierung und wachsendes Investitionsvolumen auch zum Wohlstand der kolumbianischen Bevölkerung beiträgt, ist daher fragwürdig. Zu befürchten ist eher, dass die direkten und indirekten Auswirkungen des Projektes Liberalisierung die sozialen und ökologischen Probleme im Land verschärfen.

Das SIA prognostiziert weitreichende negative Auswirkungen durch das FTA, denen aber im Vertrags-



Quelle: <http://www.askonline.at>

text nicht befriedigend oder gar nicht Rechnung getragen wird. So werden durch die Ausweitung der Agro- und Holzindustrie Waldrodungen zunehmen. In den artenreichen Gebieten wird dies zwangsläufig zu einem Verlust der Biodiversität führen. Durch die Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft sowie im Industrie- und Bergbausektor werden Belastungen für die Umwelt zunehmen. Die Intensivierung der Bergbauindustrie und die Abholzung von Waldgebieten führen überdies zu sozialen Konflikten, die sich weiter militarisieren. Vor allem in den

sensiblen Bereichen des Zuckerrohranbaus und der Kohleindustrie wird es zu Auseinandersetzungen im Lebensraum indigener Gemeinden und deren Vertreibung kommen. Ein Abkommen begünstigt zudem die Ausdehnung der arbeitsintensiven Agrar-, Lebensmittel- und Leichtindustrien. Dadurch wird die Rolle Kolumbiens als verlängerte Werkbank Europas manifestiert.

Gaby Küppers, Mitarbeiterin der Grünen im europäischen Parlament, fasst die Auswirkungen eines FTA in einem düsteren Fazit zusammen: „*Wenn das Abkommen erst einmal in Kraft ist, werden soziale Spannungen und Konflikte in Peru und Kolumbien weiter zunehmen. Der Druck auf Land und Ökosysteme, Vertreibungen und Pestizideinsatz wird sich erhöhen, einheimische Wirtschaftsbranchen werden aufgeben müssen, Banken, Versicherungen, Transport, Wasserversorgung, Telefon werden in europäischen Besitz übergehen.*“¹⁶

6. No deal! Act now!

In ihrem regionalen Strategie Papier für den Andenraum legt die EU fest, den „*sozialen Zusammenhalt*“

Kohle um jeden Preis

Die Kohleindustrie in Kolumbien wird von wenigen Unternehmen dominiert, darunter der Kohlegigant und Großinvestor Glencore/Xstrata, der durch seine gewerkschaftsfeindliche Politik bekannt ist. Kolumbien ist der viertgrößte Kohleproduzent der Welt. Etwa 2/3 der Kohle-Exporte gehen nach Europa, das 2008 mit einer Einfuhrmenge von 34,4 Mio. Tonnen erneut größter Importeur war.¹⁵ Deutschland nahm Kolumbien davon 5,8 Mio. Tonnen ab und ist damit europäischer Spitzenreiter. Allein hierzulande sind 24 neue Kohlekraftwerke geplant, in denen die aus Kolumbien gelieferte Kohle landen soll. Vor allem deutsche Großkonzerne des Vereins der Kohleimporteure profitieren dabei vom „schmutzigen“ Geschäft mit Kohle, darunter die Stromriesen RWE, Vattenfall, E.ON und EnBW.

Das FTA wird den Produktionsanstieg der letzten Jahre weiter forcieren. Zölle wurden in diesem Sektor längst beseitigt. Die rechtliche Absicherung durch den Vertrag schafft aber Anreize für weitere Investitionen, die voraussichtlich zu einem Förderungs- und Wertzuwachs in der Kohleindustrie führen werden. Langfristig könnten dadurch in ländlichen Gebieten neue Arbeitsplätze entstehen. Mit Lohnsteigerungen ist hingegen nicht zu rechnen.

Das Abkommen sieht für Investitionstätigkeiten ausländischer Investoren keine Verpflichtungen zur Kopplung an Sozial- und Umweltauflagen vor. Die Verschlechterung der ohnehin heiklen Arbeitsbedingungen für MinenarbeiterInnen, Vertreibungen dort lebender Menschen und fortschreitende Umweltzerstörung sind zu befürchten. Soziale Konflikte mit zunehmender Militarisierung werden die Folge sein.

Die Website der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ask) bietet ausführliche Informationen zu diesem Thema: http://www.interportal.ch/de/themen/dossiers/bergbau_kolumbien#kapitel-1

und die „*ökonomische Integration*“ in der CAN zu unterstützen. Beide Strategieziele verlor man in den Verhandlungen über das FTA offensichtlich aus den Augen. Mit dem Abkommen reißt die EU die politische, soziale und wirtschaftliche Integration des ältesten subregionalen Bündnisses in Lateinamerika auseinander und riskiert weitere soziale Konflikte in Kolumbien.

Die EntscheidungsträgerInnen dies- und jenseits des Atlantiks kommen mit dem Abkommen abermals nur den Konzerninteressen und nicht den Belangen der betroffenen Bevölkerung nach. Regen-

wälder sind durch diese Politik in hohem Maße von der Abholzung, die darin lebenden Volksgruppen von der Vertreibung ihres Lebensraumes bedroht.

Die Übergriffe durch Paramilitärs und zunehmend durch Polizei und Militär auf GewerkschafterInnen, auf Zivilgesellschaft und Zivilbevölkerung werden von den BefürworterInnen des Abkommens klein geredet. Der kolumbianische Präsident unterschlägt GewerkschafterInnen ihre Rechte und gefährdet mit seiner Hetze gegen die außerparlamentarische Opposition die Zivilgesellschaft zusätzlich. Von der EU wird diese Politik geduldet, wenn und weil sie den



Solidaritätsaktion für Menschen- und Gewerkschaftsrechte in Kolumbien, Berlin, 2010.
© AK Internationalismus der IG-Metall Berlin, Hans Köbrich.

europäischen Unternehmen und Investoren dient. Damit wird deutlich, dass die EU, geht es um das von ihr geforderte „Gute Regieren“, mit zweierlei

Maß misst und „Gutes Regieren“ letztlich nur eine unternehmer- und kapitalfreundliche Politik bedeutet.

Aus den hier dargelegten Gründen setzt sich WEED zusammen mit einem breiten Spektrum an Akteuren gegen das Abkommen ein! Gewerkschaften aus Deutschland (darunter ver.di, IG-Metall, DGB und IG BAU), Großbritannien und Kolumbien machen sich ebenso gegen das FTA stark, wie zivilgesellschaftliche Organisationen und soziale Bewegungen. Zudem stehen viele Parteien in Deutschland und anderen Ländern einem Abkommen zögerlich oder ablehnend gegenüber. Dies zeigte sich zuletzt eindrucksvoll in den USA, in Kanada und Norwegen, wo die Ratifizierung der FTA gestoppt wurde. Auch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten sollten mitziehen und den Vertrag nicht ratifizieren!

- 1 Christoph Mayer (B.A. Politikwissenschaft) verfasste dieses Papier im Rahmen seines Praktikums bei WEED.
- 2 European Commission (2006): Global Europe. Competing in the world. Online unter: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/october/tradoc_130376.pdf
- 3 Europäische Kommission (2010): Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Online unter: <http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf>
- 4 <http://www.stop-assoziierung.de/informationen/ecuador.shtml>
- 5 EU Andean Sustainability Impact Assessment (2009). Online unter: http://www.euandean-sia.org/media/docs/EU_Andean%20SIA%20Final%20Report.pdf
- 6 <http://www.sven-gjelog.de/2010/eu-kolumbien-grune-kritisieren-abschluss-des-freihandelsabkommens-mit-kolumbien/>
- 7 Die Zahlen in diesem Absatz wurden dem Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC) „Trading away Human Rights. Why the EU-Colombia Free Trade Agreement is a Step in the Wrong Direction“ entnommen. Online unter: http://www.epsu.org/IMG/pdf/EU-Colombia_FTA_Report.pdf
- 8 http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/march/tradoc_145896.pdf
- 9 http://www.kolko.de/downloads/IG_BAU_Positionspapier.pdf
- 10 http://ec.europa.eu/trade/wider-agenda/development/generalised-system-of-preferences/index_en.htm
- 11 Aus dem Englischen: http://www.kolko.de/index.php?cat=C07&art_id=227
- 12 Aus dem Englischen: Background Note for the EU Member States on the EU-Peru-Colombia Trade Agreement.
- 13 Aus dem Englischen: <http://www.gruposur.eu.org/EL-COMANDO-NACIONAL-UNITARIO.html>
- 14 <http://www.verein-kohlenimporteure.de/download/jahresbericht2009.pdf?navid=15>
- 15 <http://www.ila-web.de/artikel/ila334/eukolperu.htm>
- 16 European Commission (2007): Andean Community - Regional Strategy Paper 2007-2013. Online unter: http://ec.europa.eu/external_relations/andean/rsp/07_13_en.pdf

Redaktion / Kontakt

Nicola Jaeger
Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung – WEED e. V.
Eldenaer Str. 60
10247 Berlin

Tel.: +49-(0)30-275 96 643
Fax: +49-(0)30-275 96 928
Nicola.Jaeger@weed-online.org

Bestellung weiterer Veröffentlichungen

Fax: +49 - 30 - 27 59 69 28 oder
<http://www.weed-online.org/publikationen/bestellung>

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Für den Inhalt der Publikation ist ausschließlich Weed verantwortlich; sie gibt nicht den Standpunkt der Europäischen Union wieder.







Kontakt

Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
World Economy, Ecology & Development
(WEED)
Eldenaerstr. 60, D-10247 Berlin
Tel.: +49 - 30 - 27 58 21 63
E-Mail: weed@weed-online.org

Bestellung weiterer Veröffentlichungen:
Fax: +49 - 30 - 27 59 69 28 oder
[http://www.weed-online.org/publikationen/
bestellung](http://www.weed-online.org/publikationen/bestellung)

Redaktion/Kontakt:
christina.deckwirth@weed-online.org